



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 06.07.2021 – Auszug aus Drucksache 18/17121 –

Frage Nummer 65 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Christina
Haubrich**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anreize will sie für vollständig Geimpfte schaffen, werden Corona-Infomobile wie in Augsburg bayernweit eingesetzt, um mehrsprachig über die Impfung zu informieren, und welche Strafen erwägt die Staatsregierung für Menschen, die ihre Impftermine nicht wahrnehmen?

Antwort des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

Das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) verfolgt das Ziel, den Impffortschritt und die Impfbereitschaft zu steigern. So startete am 29.06.2021 die Impfkampagne „Ich tu's für...“, insbesondere um die Impfbereitschaft der Unentschlossenen zu steigern. An der Kampagne beteiligen sich auch mehrere Prominente, die gezielt für eine Schutzimpfung gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 werben. Mit der vollständigen Aufhebung der Priorisierung und der Erweiterung der Impfangebote in der Breite (durch Privat- und Betriebsärzte, niedergelassene Ärzte und weitere Kooperationspartner) können alle impfwilligen Personen nunmehr niedrigschwellig rasch eine Corona-Schutzimpfung erhalten. Sollte die Impfkampagne durch diese Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg erzielen, können zur Schaffung eines Impfanreizes weitere Lockerungen für vollständig Geimpfte in Betracht gezogen werden.

Ein zentraler Einsatz sog. Corona-Infomobile zur Information über Impfungen ist neben bereits laufenden Informationskampagnen und vorhandenen Informationsmöglichkeiten nicht geplant, aber nach eigener Entscheidung des jeweiligen Impfzentrums bzw. der Kreisverwaltungsbehörden möglich.

Das StMGP prüft aktuell mögliche Maßnahmen, wie die Impfbereitschaft weiterhin erhalten werden kann. Aktuell werden Patientenimpfungen in Krankenhäusern ausgeweitet und Betriebsimpfungen für kleine und mittlere Unternehmen weiterhin unterstützt.

Die Gründe, warum Impftermine nicht wahrgenommen werden, sind vielschichtig. Die Staatsregierung setzt auf die Freiwilligkeit der Impfungen. Wenn allerdings die notwendige Solidarität bei einzelnen Bürgerinnen und Bürgern nicht vorhanden sein sollte und Impftermine nicht wahrgenommen werden, ist zu prüfen, wie diese, ggf. über Sanktionen, eingefordert werden kann.